

Drittens äußert sich der Antagonismus zwischen den politischen Repräsentanten und den Indignados darin, dass die Handlungsmacht umgedreht wird. Den Berufspolitikern wird die politische *Agency* abgesprochen – und dafür an die neue Wir-Identität übergeben. Dieser Übergang wird markiert mit der Gegenüberstellung der Personalpronomen »Sie« und »Wir« sowie »Ich«. Die Botschaft dabei: Sie, Politiker und Eliten, stehen uns/mir nicht nur gegenüber, sie werden auch symbolisch von uns/mir entmachtet. Diese Entmachtungsgeste äußert sich beispielhaft in Mottos wie: »Ich zeige Ihnen die rote Karte«, »Ich bin müde geworden, Parteien zu wählen, die mich anwidern, damit nicht Parteien gewinnen, die mich beängstigen« oder »Weder Seite a noch Seite b, wir möchten jetzt die Platte wechseln.« (RT#15M)

Auffallend ist der wiederholte Rückgriff auf *Metaphern*, um diese Entmachtung zu beschreiben. Auf eine klassisch ideologisch geprägte Sprache wird verzichtet. Hingegen sind Ausdrücke wie »die rote Karte zeigen« oder »die Platte wechseln« zwar weniger explizit politisch aufgeladen, bieten aber zugleich eine sehr breite Identifikationsfläche – die Signifikanten wie Räte-demokratie, Kommunismus oder Anarchie ob ihrer Begriffsgeschichte nicht erreichen könnten. Allerweltsmetaphern, die im Commonsense eingelassen sind, werden aufgegriffen und politisierend umgedeutet. Als solche machen sie die Polarisierung zwischen der Bevölkerung und »den Eliten« allgemein nachvollziehbar und geben ihr vieldeutige, häufig ironische Wendungen. Die Kernbotschaft ist unmissverständlich die, dass der Wandel von unten kommt. Die Souveränität gehört denen, die protestieren und denen, die sich vom Protest interpellieren lassen.

Doch wohin soll der Wandel gehen? Eine grundlegende Forderung wird bereits in diesen frühen Slogans der Indignados kenntlich. Es ist die Forderung nach *mehr Demokratie*. So etwa: »Sie nennen es Demokratie, aber sie ist es nicht«, »Wenn sich mit Wahlen wirklich etwas verändern ließe, dann wären sie verboten« oder »Error 404. Democracy not found«. Die Fehlermeldung (»Error 404«) spielt mit der Computermetapher. Ein zentrales System scheint dysfunktional geworden, taucht doch die zitierte Fehlermeldung stets dann auf, wenn wichtige Dateien oder Programme ausgeführt werden sollen, aber nicht ausgeführt werden können. Die Botschaft lautet: Die Demokratie, nach der wir suchen, gibt es nicht mehr. Das System, das sie garantieren müsste, schafft es nicht mehr. Gelingt es vielleicht uns, die Demokratie zu erneuern?

2.4 Unten gegen oben, Demokratie gegen Despotie

Die bislang gesichteten Dokumente der Indignados und ihrer Vorläuferbewegungen laufen auf eine doppelte Grundbewegung zu: Einerseits wird eine breite Wir-Identität, eine neue Kollektivität, als Gegenspieler eines »Sie«, die ökonomischen und politischen Eliten, konturiert. Andererseits steht der prinzipielle Anspruch auf Demokratie einer Ordnung gegenüber, die durch von Habgier geprägte Privatinteressen und die Unterordnung des politischen Systems unter eben diese Interessen geprägt wird. Auf der einen Seite stehen das Volk und die Demokratie, auf der anderen die Eliten und ein despotischer Herrschaftszustand – so, in nuce, die Kerneinsicht der Diskursanalyse der Empörtenproteste bis hierin. Dabei ist zu unterstreichen, dass die Signifikanten *el pueblo* (das Volk) oder *despotismo* bzw. *despótico* (Despotie/despotisch) kaum je explizit als solche gebraucht werden. Die Indignados konstruieren die Volkssignifikanten nicht in der strate-

gischen, reflexiven und offensiven Art, wie es einige später Jahre die Partei Podemos tut (siehe: Kap. V.4). Und dennoch ist klar erkennbar, dass bereits im Mai/Juni 2011 die neue Wir-Identität als *Volkssubjekt* artikuliert wird. Vom Anspruch her umfasst sie alle Bürgerinnen, sie bezieht sich eben auf jenes »hart arbeitende Wir«, ob es nun arbeitet, studiert oder eine Arbeit sucht. So erscheint das neue Volkssubjekt nicht als ethnisch geschlossenes Kollektiv, sondern als Bevölkerung insgesamt. An sie wird voluntaristisch appelliert, sie solle die Spaltung der Gesellschaft zwischen »unten und oben« anerkennen und zum Mobilisierungsvektor sozialer Veränderung machen (vgl. Errejón 2011: 137f.). Dasselbe gilt für den antagonistischen Signifikanten »Despotismus«: Er wird nicht explizit gebraucht, steht aber implizit zwischen den Zeilen, wenn die Dokumente beschreiben, wie sich politische und ökonomische Eliten von den normalen Leuten absetzen und ein gepanzertes Herrschaftssystem etablieren.

Allerdings bleibt es nicht bei der Gegenüberstellung von Volk und Eliten oder Demokratie und Despotismus. Der Empörungsdiskurs stellt ein *Upside-down-Szenario* in Aussicht, das Über- und Unterordnungsverhältnisse auf den Kopf stellt. Die Entmachteten greifen nach der Macht, sie erheben sich gegen die Herrschenden. Letztere werden symbolisch entmachtet, als Pfeiler eines dysfunktionalen Systems dargestellt, dessen politische und ökonomische Legitimität abgelaufen ist. Demgegenüber erscheint das Volk als neue Souveränitätsfigur, das einen umfassenden Herrschaftsanspruch erhebt. Dabei wird trotz der Totalkritik am Ist-Zustand keine utopische Alternative postuliert. Vielmehr setzt der Vorschlag der Empörten immanent an. Das Augenmerk liegt darauf, eine funktionierende Demokratie genauso wie einen starken Sozial- und Rechtsstaat wiederherzustellen. Dieser tendenziell moderate, oft noch unbestimmt bleibende Veränderungsanspruch wird im Stile eines *frame bridging* artikuliert, d.h., als ein diskursives Moment lanciert, das verschiedene Identitäten und Forderungen zusammenführt (Snow et al. 1986: 467). Damit wird eine Protestbewegung zusammengehalten, die sich, wie die Rekonstruktion der Platzbesetzung in Barcelona zeigen wird, durch sehr unterschiedliche, teils explizit divergente Praktiken auszeichnet. Diese immanente Kritik sorgt jedoch nicht nur für Kohäsion nach innen, sie ist desgleichen als *strategische Anziehungsgeste* nach außen zu lesen, die in die Gesellschaft hineinwirkt: Breit akzeptierte Ideale wie Demokratie und Sozialstaat als Zielvorgabe zu artikulieren, mobilisiert in Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft und sogar im politischen System Sympathien. Radikal ist dieser Veränderungsanspruch nicht per se, sondern erst potentiell dadurch, dass er gegenüber dem herrschenden Zustand eine Alternative vorschlägt. Gerade darin besteht, so Fernández-Savater (2012a: 67), das utopische Moment der Empörung: Sie bricht mit dem herrschenden Konsens, weil sie verspricht, dass in den Protestcamps ein demokratischer Gegenentwurf entstehen könnte.

Paradigmatisch für das gehörige Bruchpotential von scheinbar gar nicht so umstürzlerischen Artikulationspraktiken ist der Slogan *No nos representan*. Mit der Kritik daran, dass die politischen Repräsentanten ihren Repräsentationsauftrag aufgegeben haben und stattdessen andere Interessen in den Vordergrund rücken, können sich viele identifizieren, erlaubt doch das Motto im Sinne eines leeren Signifikanten sowohl gemäßigtere Deutungen (*diese* Repräsentanten repräsentieren uns nicht) als auch radikalere (*die* Repräsentanten im Allgemeinen repräsentieren uns nicht). Wie der Signifikant der Repräsentationskritik in den Empörtenprotesten besetzt wird, wird erst die Diskurs-

analyse von unten eruieren können (Kap. III.3). An dieser Stelle bleibt festzuhalten: Der Empörungsdiskurs besitzt ein großes Bruchpotential. Seine Knotenpunkte dienen als breite Identifikationsflächen, die potentielle Mehrheiten ansprechen können. Weiterhin erschwert die binäre Spaltung der Gesellschaft zwischen unten und oben, dass institutionelle Akteure den Protest responsiv entschärfen, indem sie manche seiner Forderungen reartikulieren und andere dezertifizieren (vgl. Viejo 2012).

Bevor das nächste Unterkapitel näher untersucht, welches die spezifischen Forderungen der Indignados sind und dafür zwei ihrer zentralen Forderungskataloge ausgewertet, hält das nachfolgende Schaubild fest, wie die Gesellschaftsvorstellung dieser Proteste beschaffen ist. Spaniens soziale Ordnung scheint im Empörungsdiskurs polar gespalten zwischen den herrschenden Eliten und einem beherrschten, aber seine Souveränität einklagenden Volkssubjekt.

Abb. 9: Der Empörungsdiskurs von 2011 und seine zweigeteilte Artikulation von Gesellschaft

